

„Tag der Ärzte“: Bundesweit Proteste gegen Unterfinanzierung und Bürokratie

Zu einem deutlichen Zeichen an die verantwortlichen Politiker wurde der „Tag der Ärzte“ am 18. Januar 2006 mit Veranstaltungen in mehreren Städten. Zu der zentralen Kundgebung, die in Berlin stattfand, kamen ersten Schätzungen zufolge über 10 000 Teilnehmer. Auch in Bayern war einiges geboten: So trafen sich rund 1500 Ärzte, Psychotherapeuten und Praxismitarbeiter aus ganz Bayern am Vormittag des 18. Januar auf dem Münchner Marienplatz, um gegen die staatliche Bevormundung und die chronische Unterfinanzierung des Gesundheitssystems zu demonstrieren. Sie traten für den Erhalt einer qualitativ hochwertigen Medizin ein und machten auf die schwierige Vergütungssituation in vielen Arztpraxen aufmerksam.

Ärztinnen und Ärzte aus ganz Bayern setzten in München „ein Signal an die Öffentlichkeit“, erklärte einer der Hauptorganisatoren, der Vorsitzende der Ärztenunion Bayern, Dr. Alfred Schinz. Geprägt war die Kundgebung von dem gemeinsamen Willen, gegen Rationierung und Leistungseinschränkungen anzugehen. „Wir wollen heilen, statt den Mangel zu verwalten“, lautete schließlich die Kernaussage einer gemeinsam verabschiedeten Resolution. Darin fordern die Mediziner unter anderem wörtlich ein Ende der katastrophalen Arbeitsbedingungen sowie des Aushungerns im Gesundheitssystem, prangern den Versorgungsnotstand und das Praxissterben an und setzen sich für eine qualitativ hochwertige Medizin ein.

Zuvor hatten mehrere Redner auf dem Marienplatz teilweise heftige Kritik an Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und deren Kurs, der in eine Staatsmedizin führe, geübt. Dr. Max Kaplan, Vizepräsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), forderte in seinem Statement vor allem einen radikalen Abbau der Bürokratie, mehr Patientenorientierung und eine gerechtere Honorarpolitik: „Die ‚Geiz-ist-geil-Denke‘ darf nicht im Gesundheitswesen um sich greifen“. Besonderen Beifall erhielt Kaplan für seine Forderung: „Keine Haftung für Arznei- und Heilmittelkosten mit unserem Honorar. Keine Bonus-Malusregelung bei der Verordnung von Arzneimitteln!“. Ärztinnen und Ärzte seien sich der Verantwortung für eine wirtschaftliche Ordnungsweise durchaus bewusst. Das entbinde aber nicht von der Verpflichtung, die für den individuellen Fall

beste Arzneitherapie auszuwählen. „Wir lassen uns von niemandem in die Rationierung bei der Versorgung unserer Patienten zwingen!“, so der Vize wörtlich. Kaplan, der Hausarzt ist, erklärte sich ausdrücklich mit den niedergelassenen Fachärzten und mit den Klinikärzten und deren Protesten solidarisch.

Dr. Irmgard Pfaffinger, Vorsitzende der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) sagte: „Egal, ob Hausarzt oder Facharzt, ob Psychotherapeut oder Klinikarzt, wir alle gehören zusammen. Wir lassen uns von inkompetenten Politikern und gewissenlosen Scharfmachern nicht auseinander dividieren.“ Eine qualifizierte und kontinuierliche Versorgung der Patienten werde durch permanente politische Störaktionen und chronischen Geldmangel gefährdet, so Dr. Wolf Neher, Vorstandsmitglied der Gemeinschaft Fachärztlicher Berufsverbände (GFB): „Selten fand sich im Gesundheitsministerium eine schlimmere Mischung aus Inkompetenz, Arroganz und Ignoranz. Dass wir heute noch ein funktionierendes Gesundheitswesen haben, ist nur und ausschließlich engagierten Ärzten zu verdanken, die im Krankenhaus Berge an Überstunden zum Nulltarif abarbeiten und in den Praxen 30 Prozent der Leistungen unter Honorarverzicht erbringen.“ Es müssten endlich die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Arztpraxen nicht existenziell zu gefährden.

Viele Protestierende erschienen im weißen Arztkittel und machten ihrem Unmut auf Transparenten Luft. Überall waren Forderungen



Viele kamen mit Transparenten zum Marienplatz.



Auch der BLÄK-Vize protestierte im Arztkittel.

gen nach weniger Bürokratie und geänderten Rahmenbedingungen für eine „humanere Patientenversorgung“ und eine „adäquate ärztliche Tätigkeit“ zu hören. Die Mediziner verlangten ein „Ende der Rationierung auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten“ und machten sich für eine „qualitativ hochwertige Medizin“ und eine „leistungsgerechte Vergütung“ stark.

„Ich war zutiefst beeindruckt von der positiven Stimmung und der für alle fühlbaren Solidarität aller Arztgruppen und Psychotherapeuten bei der Kundgebung auf dem Marienplatz. Es war ein deutliches Zeichen an die verantwortlichen Gesundheitspolitiker in Berlin, endlich mit der Gängelung eines gan-



Gelöste Stimmung trotz eisiger Temperaturen: Dr. Gert Rogenhöfer, Dr. Irmgard Pfaffinger, Dr. Axel Munte und Dr. Siegfried Rakette.



Dr. Klaus Ottmann und Dr. Hans-Joachim Lutz (li. außen) waren auch unter den Protestierenden.



Aus ganz Bayern waren die Teilnehmer der Kundgebung nach München gekommen.



Dr. Wolf Neher: „Niemanden, Frau Ministerin, gelüftet es, in diesem Land Schlange stehen zu müssen in einer sozialistischen Großambulanz.“

zen Berufsstandes aufzuhören und für erträgliche Arbeitsbedingungen zu sorgen“, erklärte der KVB-Vorstandsvorsitzende Dr. Axel Munte. Als besonders erfreulich beurteilte er die Tatsache, dass trotz der großen Teilnahme an der Kundgebung offensichtlich keine Versorgungslücken in Bayern entstanden seien. So hatten weder die KVB-eigenen Bereitschaftspraxen noch die Vermittlungs- und Beratungszentralen für den ärztlichen Bereitschaftsdienst am Mittwoch Vormittag außerordentlichen Andrang zu verzeichnen. „Mein Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die hier vorbildlich für eine Vertretung gesorgt haben. So ist es gelungen, wichtige Anliegen bei den Kundgebungen zu transportieren und zugleich die ambulante medizinische Versorgung der Menschen in Bayern gut zu gewährleisten“, so Munte.

*Dagmar Nedbal (BLÄK),
Dr. Martina Koesterke und
Martin Eulitz (beide KVB)*

Reaktionen aus der Politik

Unterschiedlich fielen die ersten Reaktionen aus der Politik auf den „Tag der Ärzte“ aus.

Während Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) die Schuld für zuviel Bürokratie und eine teilweise ungerechte Honorarverteilung der Selbstverwaltung der Ärzte zuschob, warf die Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Helga Kühn-Mengel (SPD), den Ärzten überzogene Forderungen vor. So liege das Einkommen der Ärzte immer noch über dem Durchschnitt von allen anderen Akademikern. Tags drauf äußerte sich Schmidt bereits zurückhaltender und sagte zu, sie wolle sich für neue Ärztehonorare einsetzen, da die Honorarordnung undurchsichtig und überholt sei.

Dr. Harald Terpe, Obmann von Bündnis 90/Die Grünen des Bundestages erklärte: „Wir nehmen die Proteste der Ärzte ernst. Wir wissen um die hohe bürokratische Belastung. Wir sehen auch, dass ein erheblicher Teil der Ärzte, die heute auf die Straße gehen, in ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt.“ Die protestierenden Ärzte müssten aber wissen, dass auch ihre eigenen Selbstverwaltungsgremien und Funktionäre in der Verantwortung stehen.

Der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Daniel Bahr, appellierte an die Verantwortlichen in der Großen Koalition, nicht so weiter zu machen wie bisher und das nächste Regulierungsgesetz hinterher zu schieben. Sie müssten aufwachen. Es sei spät, aber noch nicht zu spät. Die FDP habe großes Verständnis für die Streikaktion der Ärzte. Sie sicherte den Ärzten Unterstützung dabei zu, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Verständnis für die Protestierenden zeigte auch Bayerns Sozialministerin Christa Stewens (CSU). Ärzte hätten, genauso wie andere Arbeitnehmer auch, ein Recht auf angemessene Arbeitsbedingungen, erklärte sie in einer Pressemitteilung. Außerdem lägen übermäßige Arbeitszeiten in Kliniken genauso wenig im Interesse der Patienten wie eine überbordende Bürokratie: „Gerade die Ablösung der einheitlichen Versorgung über die Kassenärztlichen Vereinigungen durch Verträge einzelner Krankenkassen führt dazu, dass Patienten im gleichen Zimmer unterschiedlich behandelt werden, was wiederum den bürokratischen Aufwand potenziert. Wettbewerb ist zwar notwendig, er macht jedoch keinen Sinn, wenn er nicht der besseren medizinischen Versorgung, sondern nur dem Profilierungsinteresse der einzelnen Kassen dient“.